



DER NIEDERSÄCHSISCHE WEG
MEILENSTEIN AUF DEM WEG
ZU EINEM UMFASSENDEN
GESELLSCHAFTSVERTRAG

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

der Parteitag der AfD vom 12.09.20 hat zwei Punkte deutlich werden lassen. Zum einen zeigen die Wahlergebnisse, dass die Mehrheit der Mitglieder der AfD einen rechts-extremen Kurs verfolgt. Zum anderen hat die unverantwortliche Missachtung der Gesetze und Hygieneregeln die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie unbeteiligte Dritte einer großen gesundheitlichen Gefahr ausgesetzt.

Als Folge dieses Parteitages teilten drei Abgeordnete der AfD mit, dass sie zukünftig der AfD-Fraktion im Landtag nicht mehr angehören wollen. Die AfD erreicht damit nicht mehr die Mindestgröße einer Fraktion im Landtag. Die Rechtsfolge aus dieser Entscheidung ist eindeutig: Die AfD-Fraktion ist aufgelöst.

Mit Befremden blicke ich allerdings jetzt auf das Verhalten der Verantwortlichen der AfD. Ihre Aufgabe wäre es jetzt, sorgsam eine Lösung für die betroffenen Mitarbeiter zu finden und die ihnen anvertrauten öffentlichen Mittel ordnungsgemäß abzurechnen. Stattdessen verlieren sie sich in persönlichen Verunglimpfungen der jeweils anderen Seite. Die AfD zeigt jetzt ihr wahres Gesicht. Es ist eines Parlaments unwürdig.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

NEUE WOLFSVERORDNUNG MUSS ZÜGIG KOMMEN

WOLF GEHÖRT INS JAGDRECHT



Im August haben der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, und der Landtagsabgeordnete Jörn Schepelmann den Schäfer Hans Stolz und seine rund 550 Heidschnucken und Ziegen in der Gemeinde Faßberg besucht. Der Schäfer, seit rund 45 Jahren im Dienst, schilderte den Abgeordneten nachdrücklich, was es für seine Tiere bedeutet, wenn der Wolf täglich um die Herde streift, versucht Beute zu schlagen und die Tiere nervös macht. Neben der Betreuung der Tiere muss der erfahrene Schäfer inzwischen einen Doppelzaun aufstellen, um die Tiere in der Nacht vor dem Wolf zu schützen.

„Der Heideschäfer erlebt beinahe jeden Tag, dass der Wolf um seine Herde streift. Das dürfen wir auf Dauer nicht hinnehmen. Wir brauchen den Wolf dringend im Jagdrecht, damit er reguliert werden kann. Wir dürfen nicht riskieren, dass eine wertvolle Kulturlandschaft in Zukunft nicht mehr gepflegt werden kann, weil es keine Schäfer mit ihren Schafen mehr gibt“, so Bäumer. Für die Abgeordneten ist klar: die neue Wolfsverordnung muss zügig kommen

und der Wolf endlich in das Jagdrecht aufgenommen werden. „Es muss Rechtssicherheit für die Jäger hergestellt und eine klare Regulierungsvorgabe erarbeitet werden. Überall da, wo der Wolf schweren Schaden anrichten kann, wie an unseren Schafherden, die die Deiche schützen oder in Kulturlandschaften wie der Heide, wo die Tiere unsere Kulturlandschaft pflegen, muss es möglich sein, einzelne Wölfe rechtssicher zu schießen“, ergänzt der Abgeordnete Schepelmann.

In letzter Zeit haben sich Wolfsrisse in Niedersachsen wieder vermehrt. „Die erneuten Risse zeigen mehr als deutlich, dass wir ein großes Problem haben und die Akzeptanz im Land gegenüber dem Wolf sinkt“, so Martin Bäumer weiter.

Die Bundesumweltministerin ist nun dafür verantwortlich, dass der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation, der längst erreicht ist, offiziell anerkannt wird. Nur so kann eine klare Grenze für die Wolfspopulation in Deutschland festgelegt werden und ein effektives Wolfsmanagement durchgeführt werden.

TOURISMUSBRANCHE IN DER CORONA-KRISE

Althusmann: Chance auf Neuausrichtung nutzen

Halbierung der Übernachtungszahlen, Umsatzeinbrüche von bis zu 60 Prozent und erste Betriebsschließungen: Trotz zahlreicher Sommer-Tagesgäste vor allem an Niedersachsens Küste hat die heimische Tourismusbranche herbe Verluste hinnehmen müssen. Doch das Hotel- und Gaststättengewerbe blickt vorsichtig optimistisch in die Zukunft – und lobt Wirtschaftsminister Bernd Althusmann für dessen Rettungs- und Investitionspaket. Um im Wettbewerb mit anderen Urlaubsdestinationen bestehen zu können, setzt Niedersachsen auf mehr Qualität und Nachhaltigkeit.

Wie steht es um die Zukunft der niedersächsischen Tourismuswirtschaft, und mit welchen Angeboten lässt sich die Nachfrage nach einem Urlaub daheim am besten ankurbeln? Auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion haben Branchenvertreter diese Fragen in Hannover diskutiert. Neben Bernd Althusmann standen Meike Zumbrock, Geschäftsführerin der TourismusMarketing GmbH, sowie die BUND-Geschäftsführerin Susanne Gerstner den fachkundigen Tagungsgästen aus dem ganzen Land Rede und Antwort.



Zentrale Marke, dezentrale Marktpositionierung

Es seien dringend neue Konzepte nötig, um aus der schwierigen Zeit zu kommen, sagte Althusmann mit Blick auf die Neuausrichtung nach der Krise. „Es ist wichtig, das Land mit Reisezielen wie der Heide, dem Weserbergland, dem Harz oder der Nordseeküste als eine eigene Marke darzustellen und verstärkt auf nachhaltige und digitale Angebote zu setzen.“ Die TourismusMarketing-Gesell-



schaft arbeite bereits gemeinsam mit den vielen niedersächsischen Tourismusregionen an einer strategischen Positionierung, die die jeweiligen Stärken und regionalen Besonderheiten berücksichtige, betonte auch Geschäftsführerin Meike Zumbrock. Hinsichtlich der Erwartungen und Wünsche der Gäste seien eine hohe Qualität der Angebote und Nachhaltigkeit der Schlüssel zum langfristigen Erfolg.

Passende Angebote für jedes Portemonnaie

Für BUND-Geschäftsführerin Susanne Gerstner, die vor ihrer Tätigkeit in Niedersachsen 13 Jahre lang die Burg Lenzen in der brandenburgischen Auenlandschaft geleitet und dort aktiven Naturschutz mit touristischen Angeboten verknüpft hatte, dürfe sich Nachhaltigkeit allerdings nicht allein auf den Umweltschutz beschränken. Auch die Wirtschaftlichkeit müsse berücksichtigt werden, Qualität habe seinen Preis. Dies bedeute aber nicht, schränkte Zumbrock ein, dass ein Urlaub daheim zwangsläufig teuer sein müsse. Entscheidend sei, für jede Zielgruppe ein passendes Angebot vorzuhalten.





DER NIEDERSÄCHSISCHE WEG

Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenden Gesellschaftsvertrag

Die Niedersächsische Landesregierung, Landwirtschafts- und Naturschutzverbände haben sich gemeinsam auf Maßnahmen zum Natur-, Arten- und Gewässerschutz verständigt. Die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. „Dies ist ein historischer Tag. Wir haben einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der den Naturschutz in Niedersachsen deutlich verbessern wird. In der öffentlichen Wahrnehmung entsteht manchmal das Gefühl, als könnte nur eine Partei den Naturschutz hinbekommen. Tatsache ist aber, CDU und SPD sind mit diesem Gesetz weiter gekommen als es die Grünen jemals waren“, erklärte dazu Martin Bäumer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Der „Niedersächsische Weg“ ist ein Meilenstein hin zu einem umfassenden Dialog und bietet die Chance, die Interessen des Arten- und Naturschutzes mit denen der Land- und Forstwirtschaft zu versöhnen. Landwirtschaftliche Leistungen, der Erhalt der Kulturlandschaft und gesellschaftliche Ansprüche an einen nachhaltigen Artenschutz werden miteinander in Einklang gebracht. „Etwas wie den Niedersächsischen Weg gibt es nirgendwo anders in Deutschland. Unser Niedersächsischer Weg ist in der Form, wie er entstanden ist, einmalig. Wenn das nicht historisch ist“, so Bäumer.

Auf den landeseigenen Domänenflächen und im Landeswald übernimmt das Land eine Vorbildfunktion durch eine verstärkte Beachtung des Natur- und Artenschutzes. Von zentraler Be-

Der „Niedersächsische Weg“ ist ein umfassendes Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes. Das Land setzt dabei auf Anreizsysteme anstatt auf Ordnungsrecht. Wichtige Bausteine sind:

- ein wesentlich verbesserter Schutz des Dauergrünlandes,
- die Schaffung eines landesweiten Biotopverbundes, breite Gewässerrandstreifen ohne Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln zur Verbesserung der Gewässerqualität,
- ein Programm zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sowie
- die Förderung des ökologischen Landbaus.



deutung ist ein Prinzip, für das sich Naturschutzverbände und Landwirtschaft gleichermaßen stark gemacht haben: Leistungen für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz, die Niedersachsens Landwirte und die Landesforsten erbringen, werden fair entlohnt. Das Land wird dafür Mittel in Höhe von 120 Mio. Euro bereitstellen. Helmut Dammann-Tamke, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ergänzt: „Das Einzigartige am Niedersächsischen Weg war, ist und wird es zukünftig hoffentlich wieder sein, dass die Naturschutzseite und die Landwirtschaft sich gemeinsam in Form eines durch die Landesregierung moderierten Prozesses auf den Weg gemacht haben. Grundlage für alles sollte Vertrauen sein.“

„Der NABU hat das Vertrauen der Landwirte auf eine harte Probe gestellt“

Dieses Vertrauen sei im Mai 2020 auf eine harte Probe gestellt worden, als parallel zur Konstituierung des Lenkungsausschusses der NABU medienwirksam in Hannover die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren startete. „Gleichzeitig wurde ein enormer Zeitdruck aufgebaut, verbunden mit der Forderung, die entsprechenden Gesetzentwürfe bis spätestens November 2020 zu verabschieden. Wir haben im Rahmen der Aktuellen Stunde im Juni-Plenum dieses Ausschusses des NABUs ausreichend gewürdigt“, so Dammann-Tamke.

Lob für BUND

Ausdrücklich lobte der Agrarpolitiker die Rolle des zweiten großen Umweltverbandes BUND, dem es zu verdanken sei, dass zumindest in Teilen weiterhin im gegenseitigen Vertrauen in den drei eingesetzten Arbeitsgruppen verhandelt wurde.

Für die Union ist der „Niedersächsische Weg“ ein entscheidender erster Schritt auf dem Weg hin zu einem Gesellschaftsvertrag – ein dritter Weg zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Die Forderung nach einem neuen Ansatz, der bäuerliche Einkommensinteressen und die Anliegen des Arten- und Naturschutzes verbindet, hatten bereits die Kolleginnen und Kollegen der CDU in Niedersachsen erfolgreich auf dem 32. Parteitag der CDU Deutschlands im vergangenen Jahr eingebracht. Die Landwirtschaft brauche verlässliche Rahmenbedingungen, die den Landwirten Perspektiven geben, ohne die berechtigten gesellschaftlichen Interessen nach einer umweltschonenderen und tierwohlorientierteren, landwirtschaftlichen Produktion zu vernachlässigen. Der „Niedersächsische Weg“ leistet einen vorausschauenden Beitrag dazu, die heimische Landwirtschaft mit ihren familiengeführten Betrieben wieder in die Mitte der Gesellschaft zu rücken und ihnen mehr Planungssicherheit zu geben.



AUS DEM PLENUM

LANDESREGIERUNG LEGT HAUSHALTSENTWURF VOR

Nach zwei Nachtragshaushalten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen hat Finanzminister Reinhold Hilbers im September den regulären Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vorgelegt. Demnach soll der Etat 35,9 Milliarden Euro betragen – bei einer geplanten Neuverschuldung von bis zu 853 Millionen Euro. Neben wichtigen Investitionen in die Strukturen des Landes soll allerdings auch gespart werden. Über den Haushalt entscheiden die Abgeordneten im Dezember.

CDU positioniert sich klar gegen ein Paritätsgesetz

Das Ziel, mehr Frauen für politisches Engagement zu begeistern und damit letztlich ihren Anteil auch im Landtag zu erhöhen, eint alle Fraktionen. Doch über den Weg dorthin wird nach wie vor hart gerungen. Die Grünen haben nun eine Enquetekommission zur Erarbeitung eines Paritätsgesetzes gefordert. Für die Justizpolitikerin Esther Niewerth-Baumann ist ein solches Gesetz allerdings der falsche Weg:

„Ohne Zweifel haben wir zu wenige Frauen in den Parlamenten und da muss etwas getan werden. Das kann aber nur politisch gelingen und nicht juristisch mithilfe eines Gesetzes, das das Recht aller auf Freiheit und Gleichheit der Wahl unverhältnismäßig einschränkt.“ Man habe mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung jetzt schon die unausweichliche Erkenntnis, dass ein Paritätsgesetz verfassungskonform nicht möglich sei. „Wir sollten nicht Zeit, Geld und Personalressourcen des Landtages für ein Ergebnis verschwenden, das jetzt schon feststeht.“

Landtag fordert objektive und transparente Endlagersuche

Wo wird der hochradioaktive Abfall künftig endgelagert? „In Frage kommen Gebiete, wo die geologischen Mindestanforderungen gegeben sind. Also ein mindestens 300 Meter starkes Deckgebirge, unter dem sich eine mindestens 100 Meter mächtige Schicht aus Ton, Salz oder Granit befindet“, erläutert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer. In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordern SPD, CDU, Grüne und FDP nun, dass die Suche nach einem bestmöglich geeigneten Endlager so durchgeführt wird, wie es im Standortauswahlgesetz vorgesehen ist. Also partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent und reversibel. „Jeder geeignete Standort muss unter die Lupe genommen werden. Dieses Land ist schon einmal bei der Suche nach einem Endlager gescheitert und das darf sich nicht wiederholen“, so Bäumer. Nach Vorlage des Endlagersuche-Berichts durch die BGE Ende September ist mittlerweile klar: Niedersachsen gehört auch nach dem Ausschluss Gorlebens zu den möglichen Standorten.

Sexueller Missbrauch an Kindern: Koalition fordert Anzeigepflicht

Nach den Missbrauchsfällen von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster wollen CDU und SPD den sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen noch konsequenter und effektiver bekämpfen. Nachdem sich Justizministerin Barbara Havliza bereits in den vergangenen Wochen wiederholt für eine Anhebung der Mindeststrafe ausgesprochen hatte, hat die Bundesregierung nun einen Gesetzentwurf vorgelegt. „Neben der Einführung des Begriffs ‚Sexualisierte Gewalt gegen Kinder‘, der das Unrecht der Täter klar beschreibt, wird der Grundtatbestand der sexualisierten Gewalt gegen Kinder künftig ein Verbrechen mit einem Strafrahmen von einem Jahr bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe sein“, so der Sozialpolitiker Volker Meyer. Weitere Strafverschärfungen sind für die Verbreitung, den Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie, das gewerbs- und bandenmäßige Verbreiten von Materialien und für Taten mit oder vor Dritten vorgesehen. CDU und SPD in Niedersachsen wollen auch die Anzeigepflicht eines geplanten sexuellen Missbrauchs von Kindern gesetzlich verankern.



Koalition novelliert Verfassungsschutzgesetz

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes soll der Nachrichtendienst des Landes erweiterte Befugnisse im Kampf gegen Extremisten erhalten und durch die Entbürokratisierung im Tagesgeschäft deutlich schlagkräftiger aufgestellt werden. Der erstmals beratene Gesetzentwurf der Landesregierung sieht unter anderem vor, den Einsatz von Vertrauenspersonen zu erleichtern und den Auskunftsanspruch zu überarbeiten. Damit will Niedersachsen wie bereits andere Bundesländer und der Bund seine Verfassungsschutzgesetzgebung an die veränderte Sicherheitslage anpassen. „Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer Demokratie“, sagt Sebastian Lechner, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Ihn zu stärken ist angesichts der unverändert hohen Gefährdungslage und der steigenden Gewaltbereitschaft politischer Extremisten dringend erforderlich.“

„Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer Demokratie“

Neben dem erleichterten Einsatz von V-Leuten ist die Entbürokratisierung für Lechner von großer Bedeutung: „Kurze Prüffristen und die vielen Auskunftsfragen haben seit der letzten Novellierung dazu geführt, dass sich der Verfassungsschutz oft mit sich selbst beschäftigt.“ Mit der im Änderungsgesetz vorgesehenen Fristverlängerung würden die personellen Ressourcen freigesetzt, die „wir vor allem bei der Beobachtung des wachsenden politischen Extremismus dringend benötigen“, so der Innenexperte.





30 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

„Grundwerte und Grundrechte achten und schätzen wissen“

Die CDU-Landtagsfraktion tagte erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie wieder auswärts. Erster Tagesordnungspunkt war der Besuch der „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ in Sachsen-Anhalt. Die Abgeordneten gedachten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung der deutschen Teilung und der Opfer der innerdeutschen Grenze. „Diese Grenze war für mich der Grund, mich politisch zu engagieren“, erklärte Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer bei der Begrüßung der Fraktion und der Gäste. Zu diesen zählten auch die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, in deren Wahlkreis die Gedenkstätte liegt, sowie der Landtagsabgeordnete Guido Heuer aus der sachsen-anhaltinischen CDU-Fraktion. Toepffer wies in seiner Rede während der Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Grenzregimes daraufhin, dass wir mahnen wollen, unsere Grundwerte und Grundrechte zu achten und schätzen zu wissen. Diese seien nicht selbstverständlich.

Im Anschluss fuhr die Fraktion zurück nach Helmstedt, um im Wahlkreis der Abgeordneten Veronika Koch im Schützenhaus Kreisjägerhof ihre „klassische“ Sitzung abzuhalten. Besondere Freude herrschte, als der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete und jetzige Helmstedter Bürgermeister Wittich Schobert seine ehemaligen Kollegen herzlich begrüßte.



IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Sabine Busse
Ralph Makolla
Doreen Helms
Marco Zacharias
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de
Die Fraktion auf Facebook:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
Die Fraktion auf Instagram:
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

6.-8. Oktober 2020 2020: Plenum

Bildnachweis:

Foto Jens Nacke: Tobias Koch
Foto Bernd Althusmann: Tobias Koch